

Mehr Geld für Ortsvorsteher und Gremienmitglieder

Nach 23 Jahren werden die Sätze angepasst – SPD stimmt aus Haushaltsgründen dagegen

Diemelsee – Die Gemeindevertretung Diemelsee hat am Freitag eine Erhöhung der Entschädigungssätze für Ortsbeiratsmitglieder und andere ehrenamtliche Mandatsträger beschlossen.

Anlass für die Anpassung war eine Anregung aus einer Ortsvorsteherdienstversammlung. Die Entschädigungen seien sehr gering, hieß es dort. Tatsächlich stammt die letzte Anpassung aus dem Jahr 2002 – damals im Zuge der Euro-Einführung. Die Nachbargemeinde Willingen hatte im Vorfeld eine Umfrage bei umliegenden Kommunen durchgeführt, um

die dortigen Entschädigungssätze zu ermitteln.

Bürgermeister Volker Becker machte deutlich, dass die Satzung „in die Jahre gekommen“ sei. Andere Gemeinden zahlten bereits mehr. Es handele sich um eine moderate Anpassung, mit der das Engagement der Ehrenamtlichen gewürdigt werden solle.

Severin Keßler von den Freien Wählern räumte die schwierige Haushaltslage ein, betonte aber, dass das politische Ehrenamt Wertschätzung verdiene. Die Anpassung bewege sich im Mittelfeld der vergleichbaren Gemeinden im Landkreis.

Auch CDU-Fraktionsvorsitzender Jörg Weidemann unterstrich, dass die Sätze nicht mehr zeitgemäß seien. Es werde zunehmend schwieriger, Menschen für diese Ämter zu

motivieren. Der Vorschlag sei nicht überzogen, sondern angemessen.

Manuel Stöcker (FDP) verwies darauf, dass sich nicht viele um diese Ämter rissen. Die Ent-

schädigung solle wenigstens kostendeckend sein. Trotz der angespannten Haushaltslage halte man die Anpassung in der Abwägung für richtig.

Deutliche Kritik kam von SPD-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling. Auf seine Nachfrage hatte der Bürgermeister jährliche Mehrkosten zwischen 8000 und 10.000 Euro beziffert. „Ausgerechnet heute, wo wir über Einschnitte sprechen und Gebühren für Bürger erhöht werden, ein schlechtes Signal“, sagte Kalhöfer-Köchling. Die SPD-Fraktion stimmte geschlossen gegen die Erhöhung.

Neue Entschädigungssatzung

Künftig erhalten Gemeindevertreter und ehrenamtliche Beigeordnete pro Sitzung 20 Euro, Mitglieder der Ortsbeiräte 10 Euro – allerdings höchstens für sechs Sitzungen im Jahr. Zudem werden die Pauschalen für besondere Funktionen angehoben: So bekommt etwa der Vorsitzende der Gemeindevertretung 65 Euro monatlich, der Erste Beigeordnete 120 Euro. Die Ortsvorsteher erhalten je nach Größe des Ortsbezirks zwischen 100 und 200 Euro. Schriftführer erhalten 25 Euro pro Sitzung.

lb